

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, am 22. Dezember 1921.

Preßüberschreitungen. In Fortsetzung der aus Anlass der bevorstehenden Feiertage vom Marktamt der Gemeinde Wien vorgenommenen verschärften Kontrolle wurde wieder eine grosse Anzahl von Uebertretungen festgestellt. Erwähnenswert erscheinen Ueberschreitungen der angemessenen Preise bei Fleisch. Solche wurden bei den Fleischhauern Franz ^{Ulram,} II., Franzensbrückenstrasse 22, Simon Böck, VI., Liniengasse 35, Anton Glatz VI., Schmalzhofgasse 21, Franz Kiener II, Ilgplatz 6, Johann Nachtnebel II, Volkertplatz 13, Franz Sprinzi II, Engerthstrasse 219 und Simon Orlik II, Ferdinandsstrasse 19 konstatiert. Auch vom Fleischkommissionär Mathias Engel, Großmarkthalle, angeblich vom Einsender Sator aus Hausbrunn hiezu beauftragt, wurden für Fleischschweine niederösterreich'scher Herkunft statt des am 14. ds. marktgängigen Preises von 1350 K, Preise von 1600 K pro kg verlangt; auch beim Stande des Fleischkommissionärs Wolf Solender in der Großmarkthalle wurde für ungeputztes Fleckzeug 350 K statt 250 K pro kg gefordert. Desgleichen forderte die Gemischtwarenverschleisserin Sofie Hain II, Engerthstrasse 109 für Häringe bei einem Bezugspreis von 15 K 24 K und der Gemischtwarenverschleisser Herşch Halitoczer II, Volkswehrplatz 14 für Schächtseife 210 K pro Stück, die er mit 138 K eingekauft hatte. Diese Fälle und zahlreiche andere wurden zur Anzeige gebracht.

WIENER GEMEINDERAT.

Fortsetzung der Spezialdebatte über Gruppe IV.

GR. Hofbauer (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass im Budget auch der Kleingärtner ^{gedacht} wurde, und daß die Ziffern ausreichend sein werden. Die Gemeindeverwaltung hat ermöglicht, daß die Kleingärtner die Wasserleitung, die U ^{nter} nungen und Materialien verschiedenster Art zu erschwinglichen Preisen bekommen, die Pachtzinse sind billig und das Wasser wurde umsonst abgegeben. Von den 20 Millionen Quadratmeter Grund sind mehr als 5 Millionen Gemeindegrund, 1 Million Quadratmeter Grund haben die Schrebergärtner von der Gemeinde gepachtet oder gekauft. Im letzten Jahre wurden 360.000 kg Obst geerntet, der Wert der Gemüse- und Kartoffelernte beläuft sich 135 Millionen, der Ertrag der Kleintierzucht wird auf 20 Millionen geschätzt, die

Eierproduktion wird mit 60 Millionen bewertet. Aus den Kleingärten decken ungefähr 350.000 Menschen ihren Bedarf an Gemüse. In allernächster Zeit werden die bei der letzten Budgetdebatte gestellten Anträge im Interesse der Kleingärtner der Verwirklichung zugeführt werden.

GR. Karasek (chr. soz.) bespricht das Wohnungswesen und sagt, es sei bisher nichts geschehen von Seite der Mehrheit, um der Wohnungsnot beizukommen und die Bevölkerung zu beruhigen. Man sei über das Kapitel Anforderungen nicht hinausgekommen. Die Zahl der Beamten auf diesem Gebiete sei überlastet. Von Seite der Arbeiterräte werde größtenteils parteimässig vorgegangen, wenn man auch zugeben müßte, daß es Arbeiterräte gebe, gereifte Männer, die ein Verständnis für die Sache haben und gewillt sind der Bevölkerung zu helfen. Redner fragt denn, warum man zugebe, daß an jeder Ecke eine neue Bark entstehe, man traue sich wohl nicht gegen sie vorzugehen, weil es sich um Juden handle. Ferner führt er Klege, daß der Fortgang der Bauten der in Döbling befindlichen Baracken sehr schleppend sei.

2

Der Redner bringt dann eine persönliche Angelegenheit vor und erzählt, daß zwei Jahre mit Frau und Kind in einem Bette schlafen musste, bevor er endlich eine Wohnung erlangen konnte. Nun werde ihm vorgeworfen, daß diese Wohnung für seine Zwecke zu groß sei. „Ich habe“, sagt Redner zwei Zimmer und in das dritte haben sie mir einen Bolschewiken hineingesetzt, der die ganze Nacht Licht brennt und es bisher nicht einmal der Mühe wert gefunden hat, mir einen Kreuzer 4ins zu zahlen, oder auch nur einen Beitrag zu den Beleuchtungskosten.“ Weiter wirft Redner dem amtsführenden Stadtrat Grünwald vor, daß er die jüdischen Wohnungssucher offen begünstige, Juden hätten ihm das selbst erzählt. ~~xxxx~~ Er führt dann zwei Fälle an, in denen Wohnungssuchende rücksichtslos auf die Strasse gesetzt worden sind, das sei eine Herzlosigkeit und ~~Einigkeit~~ ~~Ärgst~~ Ärgst Art. Wenn GR Hofbauer hier ein Loblied an die Schrebergärtner anstimmte, so sei zuzugeben, dass sie nützlich leisten. Allein die Sozialdemokraten gehen auch hier parteiisch vor, wer sich nicht mit dem Buch der Organisation ausweisen kann, bekommt keinen Quadratmeter Grund. Zum Schlusse fordert er den Stadtrat Grünwald auf, sein Amt unparteiisch zu verwalten und nicht wie bisher die arische Bevölkerung rücksichtslos zu benachteiligen.

GR. Roth (chr. soz.) sagt, daß der Hausbesitzerstand in Oesterreich zur Zwangsarbeit verurteilt ist, die durch straffere Handhabung der Anforderungsverordnung noch verschärft werden soll. Wenn eine Wohnbausteuer angekündigt wird, so verspreche sich Redner nicht, daß aus deren Erträgnis Häuser gebaut werden. Redner stellt das Ersuchen, in allen Fällen, die das Wohnungswesen betreffen, mit der Hausbesitzerschaft Verhandlungen zu pflegen, damit diese Fragen einer gedeihlichen Lösung zugeführt werden.

GR. Suchanek (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass die Selbsthilfe der Hausbesitzerschaft, mit der gedroht wurde, auch die Selbsthilfe der anderen Menschen entgegengestellt werden könne. Redner wünscht, daß die Verhältnisse beim Arbeitsvermittlungsamte, die allerdings schon weit besser sind, als früher, nach Tunlichkeit noch geregelt werden.

GR. Feldmann (Deutschnational) sagt, während sich der Personalreferent StR. Speiser bemühe, sein Amt unparteiisch auszuüben, werde in der Gemeinde kein anderes Amt so parteiisch geführt wie das Wohnungsamte. Es sei Tatsache, daß jemand, der anderer Gesinnung sei, als die Majorität, niemals zu einer Wohnung kommen könne. Auch die Behandlung der Parteien lasse zu wünschen übrig. Redner führt einen Fall an, daß ein aus der Kriegegefangenschaft zurückgekehrter Apotheker, in seiner eigenen Siedlungsgenossenschaft eine Wohnung nicht bekommen konnte, während die ihm gebührende Wohnung einem sozialdemokratischen Parteigenossen, der nicht Mitglied der Siedlungsgenossenschaft war, zugewiesen wurde. Das Mietamt lasse auf seine Entscheidungen ungebührlich lang warten, das führe zu Erscheinungen, wie z.B., dass ein Hausherr an gesamt Zins in einem Monate 1500 K einnimmt, während die Gasrechnung in sechs Wochen 3.200 K ausmache. Redner richtet an den amtsführenden Stadtrat den Appell, sein Amt unparteiisch auszuüben.

GR. Angeli (chr. soz.) tritt für eine höhere Dotierung des Schreibegeistes ein und bringt dann die Beschwerde vor, daß eine ihm bekannte Frau, welche erwachsene Kinder hat, beim Wohnungskommissär befragt wurde, welcher Organisation sie und ihre Kinder angehören und ob sie in der Lage sei, die entsprechenden Mitgliedsbücher vorzuweisen. Ein solches Vorgehen sei absolut unzulässig und auch unverständlich. Er ersuche den Referenten solche Mißstände abzustellen.

In seinem Schlusswort kommt der Referent auf die vorgetragenen Beschwerden der oppositionellen Redner zurück und erklärt, zu dem Antrage des GR. Ullreich, daß er diesen Antrag für äußerst bedenklich finde, weil hier verlangt werde, alle zur Verfügung stehenden Mitteln nur für Siedlungszwecke zu verwenden, aber nichts für die Herstellung von Wohnbauten. Die Wohnbausteuer werde zum allergrößten Teil nur für Neuherstellung von Wohnungen dienen, nicht aber, wie es GR. Ullreich wünsche, für Reparaturen, deren Kosten aus anderen Mitteln gedeckt werden müssen. Die oppositionellen Redner haben auch die Tätigkeit der Arbeiterräte kritisiert. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß diese Tätigkeit mitunter Unzukömmlichkeiten und Uebergrieffe bringe, so müsse doch daran festgehalten werden, daß die Arbeiterräte das Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft genießen, also des größten Teiles der Bevölkerung, und daß sie auf dem Gebiete des Wohnungswesens bisher sehr ersprießliches geleistet haben. Es liege im Interesse der Regelung des Wohnungswesens, wenn die Gemeinde die nützliche Mitarbeit der Arbeiterräte in Anspruch nehme. Im übrigen sei es verwunderlich, daß die oppositionellen Redner jene Arbeiterräte, an die sie sich persönlich um Intervention im Wohnungsangelegenheiten gewendet haben, loben und ihnen Anerkennung zollen, alle anderen aber, deren Tätigkeit sie aus eigener Anschauung nicht kennen, tadeln. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, seien also die vorgebrachten Beschwerden nicht allzu tragisch zu nehmen, über einzelne Fälle wolle und könne sich der Referent nicht aussprechen, weil er ja die vorgebrachten Details nicht kenne. GR. Karasek habe in der von ihm zur Sprache gebrachten Wohnungsangelegenheit, die ja seine eigene ist, Pech gehabt, weil er mit den sozialdemokratischen Beisitzern und den Arbeiterräten zu gut war. Referent erklärt, daß er ja nicht der Wohnungsdirektor von Wien sei, sondern sich auch an die Gesetze halten müsse. Was den Wohnungs- und Siedlungsfond anlangt, so könne gesagt werden, daß die jährliche Quote von 50 Millionen Kronen für diesen Fond sich durch die Äquivalentleistungen um 250 Millionen Kronen für das kommende Jahr erhöhen dürfte.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe einstimmig angenommen, der Antrag Ullreich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Gruppe V, Technische Angelegenheiten.

GR. Siegel (Soz. Dem.): Die Verwaltungsgruppe V enthält in dem Präliminäre Auslagen in der Höhe von 7 Milliarden. Sie ist eine der größten Gruppen und figuriert der Höhe der Ausgaben nach sofort hinter der ersten und zweiten Gruppe. Proportionell zu den Ausgaben sind auch die Aufgaben dieser Gruppe, und der Apparat, dessen sie sich zur Erledigung ihrer Aufgaben bedient. Die Zahl der Beschäftigten zählt gegenwärtig rund 4000. Seit dem August v. J. wurden durch vernünftige Zusammenlegung in dieser Gruppe 8 Magistratsabteilungen abgebaut und bis 1. Dezember d. J. der Personalstand um 2809 Personen verringert, wozu noch kommt, dass in der städtischen Heiz-

werkstätte und im Lastkraftwagenbetrieb, die sich erst entwickelten, in dem einen einen Zuwachs von 22%, in dem anderen von 43 % zuzugewachsen ist. Die Gruppe hat eine Reihe rein behördlicher Aufgaben zu erfüllen, Verkehrsangelegenheiten, Baupolizei, Stadtregulierung. In der Wirtschaft der Stadt besorgt sie die technischen Aufgaben aller anderen Gruppen: die Erhaltung der rund 1000 Gebäude der Gemeinde, es werden die Bauten der Gemeinde geführt, zur Zeit besonders der Bau des Kontumazmarktes, des Viehmarktes St. Marx und der städtischen Wohnungsbauten, wozu im besonderem die Wohnungsbauten auf der Schmelz und die Herstellung vieler Notwohnungen in Baracken. Wir haben eine eigene Abteilung für Wärmewirtschaft geschaffen, die durch eine vernünftige und strenge Kontrolle über die Gebarung mit dem heute so kostbaren Brennstoff sich sehr verdient macht. Diese Stelle ist sehr zur Nachahmung besonders dem Staate zu empfehlen. Die städtische Wasserleitung erfüllt nach wie vor unter großen Opfern für die Gemeinde ihre große sanitäre Aufgabe. Das Wasser wird per 1 m³ um 20 Heller abgegeben, gegen jetzt K 3.50 Gestehungskosten.

Es ist für 1922 die endliche Vollendung und eine notwendige teilweise Rekonstruktion der zweiten Hochquellenleitung im Salzschale geplant. Der größte Gemeindebetrieb ist der Fuhrwerksbetrieb, der auch die Strassenreinigung besorgt und die Abfuhr des Kehrichts, die Strassenbespritzung und Schneeschüberung durchzuführen hat. Dieser Teil der Aufgaben verursacht Ausgaben von 2 Milliarden ohne zu befriedigen. Wir wollen mit der Maschinierung dieser Arbeit beginnen und sind dafür Mittel vorgesehen. Weiters ist das Lastfuhrwerk zu nennen, hauptsächlich für Kohle der Gemeinde, das Fuhrwerk für Sanitätszwecke. Eine zweite wehe Sache ist die der Strassenerhaltung. Der Krieg, besonders ausgedrückt durch die eisenbereiften schweren Lastautos hat sie sehr stark hergenommen. Wir haben für 1922 eine halbe Milliarde für Strassenerhaltung vorgesehen. Ein Pflasterwürfel kostete uns im laufenden Jahre schon 75 K, die Neuerzeugungsperiode wird den Preis auf nahezu 200 K stellen. Wir haben die Absicht ein Programm für eine durchgreifende Instandsetzung des Wiener Platzes auszuarbeiten, wobei natürlich Milliarden Kosten in Frage kommen. Wenn es möglich war, die Maschinerie dieser Gruppe trotz der Ungunst der Verhältnisse im Gange zu halten, wenn auch vielleicht kreischend und oft schmerzhaft, so haben wir das neben der sachlichen ernstesten und fleissigen Arbeit der Herren aller Parteien im Ausschusse, der vollen Einsicht des Finanzreferenten, der glänzenden Leistungen unseres technischen Beamtenstabes, dem unermüdeten Eifer unserer sonstigen Angestellten und unserer braven Arbeiter zu danken.

GR. Biber (chr. soz.) fragt, warum eine so wichtige Gruppe, wie die in Verhandlung stehende, immer erst knapp vor Beendigung der Budgetberatungen zur Verhandlung kommt. Es scheine, dass sich der amtsführende Stadtrat sich nicht den nötigen Einfluss verschaffen könne. Bei der letzten Budgetberatung habe Redner die Gruppe mit einer Rose verglichen und den Wunsch geäußert, es möchte mehr und recht viel Sonne scheinen, damit die Rose sich schön entwickeln könne. Dieser Vergleich wurde aber als zu scharf bezeichnet, so dass es heute unter erschwerten Umständen - vor Weihnachten - noch schwerer wird eine Kritik zu üben. In der letzten Zeit ist es, was die Person des amtsführenden Stadtrates anlangt, mit diesem etwas besser geworden. Er scheint eingesehen zu haben, dass die Gruppe nicht mit Demagogie und Protektion geführt werden kann, sondern vor allem mit gerechter Strenge.

Wenn die Gemeindeverwaltung für die Bevölkerung wirklich produktive Arbeit leisten wollte, müsste sie alle gleich behandeln und jede Arbeit gleich einschätzen. Es gehe nicht an, dass das Gewerbe mit Misachtung behandelt werde. Dies sei ein Ausfluss des Uebermutes, der nur Verachtung verdiene.

Redner bespricht weiter die baulichen Zustände der Wiener Häuser, die alles zu wünschen übrig lassen, weist aber darauf hin, dass es der Hausbesitzerschaft infolge des Mieterschutzgesetzes nicht möglich sei, bei den geringen Zinsretrugnissen Aufwendungen für die notwendigsten Reparaturen zu machen. Die sozialdemokratische Partei müsse endlich einsehen, dass eine Aenderung des Mieterschutzgesetzes notwendig sei. Sie müssen auch ihren genossen klar machen, dass die Erhaltung der Häuser unerlässlich ist und das Geld dazu nur aus einer Erhöhung der Mietzinse gewonnen werden könne. Dann beschäftigt sich Redner mit einzelnen Posten des Kapitels. Er bemängelt die geringen Beiträge für die Instandhaltung der Pfarrhöfe, die man wahrscheinlich dem Verfall weihen wolle, weiter die unzureichende Dotierung für die Erhaltung der Denkmäler, dem gegenüber, für die Errichtung eines Krematoriums ein Betrag von 60 Millionen ausgeworfen sei. Die Mehrheit wisse ganz genau, dass man mit 60 Millionen eine solche Anlage nicht bauen könne, dass hierfür mindestens 600 Millionen erforderlich wären, sie getraue sich aber nicht eine so große Summe von ihren Wählern zu verantworten.

Redner sagt, dass der Christbaumverkauf durch die Gemeinde heuer daneben gelungen sei, wofür man allerdings nicht den ausschließlichen Verantwortlichen machen könne. Zu Beginn des Verkaufes wurden ein Meter hohe Bäume um 400 K abgegeben, die aber keine Madeln hatten und daher mehr Besen waren. Eine zweite Sendung brachte schöne und grosse Bäume, die jetzt um 300 K verkauft werden. Die Bevölkerung sei darüber ungehalten.

Redner wünscht zum Schluss, dass bei der Aufstellung der Posten im Budget mehr Gleichberechtigung und Gerechtigkeit walten möge und bezeichnet den für die Strassenpflege vorgesehenen Betrag als viel zu niedrig.

G.R. Angeli (chr.wtl. soc.) beklagt sich darüber, dass die Gruppe V, welche eine der wichtigsten sei, zuletzt zur Beratung komme. St.R. Siegel solle sich das nicht gefallen lassen. Der Redner bespricht sodann das Bäderwesen, welches nicht so verwaltet werde, wie es im Interesse der Bevölkerung notwendig wäre. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass wenigstens die Preise der Sommerbäder nicht wieder erhöht werden.

G.R. Reisinger (Soz. Dem.) weist auf den Raumangel und die Ueberfüllung der Schule in der Grimm (XIX. Bezirk) hin, so dass ein Teil der Schüler gezwungen ist, den weiten Weg in die Taubstummenanstalt in einem anderen Bezirksteile zurückzulegen und beantragt die Erweiterung dieser Schule, die sich leicht durchführen lasse, da der angrenzende Grund der Gemeinde Wien gehöre.

G.R. Probst (Deutschnational) widmet der Tätigkeit der Verwaltungsgruppe anerkennende Worte. Es sei das ernstliche Bestreben vorhanden, sachliche Arbeit zu leisten, er hoffe, dass es den Mitgliedern des Gemeinderates möglich sein werde, noch intensiver als bisher, in der technischen Abteilung mitzuarbeiten. Den Bau eines Krematoriums bezeichnet er als einen Kulturfortschritt für Wien. Er bittet um aufschluß, wann mit dem Bau begonnen und die Anlage der Benützung übergeben werde. Bei Besprechung der einzelnen Posten ersucht Redner den Wunsch der Bewohner des 4. Bezirkes um Errichtung eines Anstandsortes in der Wiedner Hauptstrasse gegenüber der Mayernofgasse, endlich zu berücksichtigen. Seit 10 Jahren werde darum vergeblich petitioniert.

G.R. Hengl (chr. soc.) pflichtet den Ausführungen des G.R. Reisinger bei und stellt einen bezüglichen Antrag.

Im Schlusswort weist der Referent darauf hin, dass die Reihenfolge der Beratung der einzelnen Gruppen auf Parteienvereinbarung beruhe. Das Budget wurde vom Finanzausschuss beraten, nachdem es zuerst antemässlich festgestellt worden war. Auf verschiedenen Einwendungen in der Debatte reagiert der Referent, dass das Krematorium im Herbst 1922 der Benützung übergeben werden wird, wenn nicht Hindernisse in den Weg treten. Was die Christbäume anlangt, so hat die rechtzeitige Einlieferung viel zu wünschen übrig gelassen. Die städtischen Organe, die so schlechte Bäume gekauft haben, werden zur Verantwortung gezogen werden. Während auf der einen Seite von einem Redner bemängelt wurde, dass die Posten im Budget zu niedrig gegriffen sind, wurde von einem anderen gesagt, dass die Ziffern des Budget preistreibend erscheinen. Eine Einigung der Ansichten wäre wohl zu wünschen. Bezüglich der Bedürfnisanstalt in der Wiedner Hauptstrasse werde getrachtet werden, Abhilfe zu schaffen. Die Wünsche, die bezüglich der Räumlichkeiten in den Schulen geäußert wurden, fallen nicht in die Gruppe, da diese nur die Exekutive der Beschlüsse der anderen Gruppen ist. Die Gruppe macht alles, wenn es die nötigen Mittel bekommt.

Bei der Abstimmung wurde die Gruppe einstimmig genehmigt mit Ausnahme der Post für die Errichtung des Krematoriums, gegen die die Christlichsozialen stimmten. Die zahlreichen Zusatzanträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

St.R. Breitner hält nunmehr ein kurzes Schlusswort zu „Bilanz und Bedeckung“ und führt dabei aus: In der Regel bildet gerade die Bedeckungsfrage den Gegenstand besonderer Erregung und gibt zu den langwierigsten Erörterungen Anlaß. Schon bei dem letzten Voranschlage im Juni d.J. konnte bezüglich der notwendigen Vorsorgen für den Abgang seitens der Verwaltung Anträge gestellt werden, denen beizustimmen nicht schwer gefallen ist. Auch diesmal liegen die Verhältnisse ähnlich. Der Abgang von 7½ Milliarden, wie er sich Ende November rechnerisch ergeben hat, soll seine Bedeckung ^{erstens} durch den ^{Anteil Wiens an} Ertrag der Bankumsatzsteuer, die der Nationalrat bekanntlich bereits genehmigt hat.

Die Grundlagen der Ertragerrechnung beruhen auf sorgfältigen Erhebungen ^{die präliminiertes 2200 Millionen Kronen} des Finanzministeriums und werden wohl auch Stand halten. Zwei Milliarden sollen durch Veranziehung der Kassenbedände gedeckt werden, die durch die Voreinzahlungen eine sehr wünschenswerte Stärkung erfahren haben. Die noch verbleibenden 3,3 Milliarden sind durch eine Kreditoperation zu beschaffen. Das wird allerdings bei der gegenwärtigen Lage der Marktes für festverzinsliche Werke nicht leicht gelingen, immerhin kann aber eines festgestellt werden, dass diese Anleihe ausschliesslich produktiven Zwecken dient, in allererster Linie dem Investitionsbedarf der Unternehmungen mit über 2,7 Milliarden Kronen. So sehr die ganzen Ansätze des Voranschleges angesichts der Unbeständigkeit des Geldwertes schwankend und fließend geworden sind, so hoffen wir, daß es doch so im abgelaufenen Halbjahre gelingen wird, die Aufnahme von unproduktiven Schulden, von denen wir uns gerade in den Zeiten dieses Tiefstandes der Krone überaus hüten müssen, zu vermeiden.

St.R. Breitner sprach schliesslich dem ganzen Beamtenschaft, der unter der ausgezeichneten Führung des vorübergehend wirkenden Magistrats direktors Dr. Hartl am Voranschlag hingebend mitgewirkt hat, den herzlichsten Dank aus, ^{unter} besonderer Nennung des Obermagistratsrates Dr. Schwarz und seines Stellvertreters, des Buchhaltungsdirektors Oberst, des Oberrechnungsrates Gnobloch und stellt rühmend fest, daß überhaupt die Zahl der Angestellten, die in diesen Zeiten der Not der Gemeinde ihre Dienste mit unermüdlichem Fleisse und hervorragender Sachkenntnis widmen, in steter Zunahme begriffen ist.

Der ganze Verlauf der Budgetdebatte sei ein Ehrenzeugnis für den Wiener Gemeinderat. In sechs vielstündigen Sitzungen wurde der Voranschlag in gründlichster Weise behandelt, die Opposition hat von Recht und Pflicht der Kritik vollen Gebrauch gemacht und manch scharfe Bemerkungen erhoben, auf gewiss noch sehr zahlreiche unerfüllte Wünsche hingewiesen. Die ganzen Erörterungen aber erfolgten in durchaus sachlicher Weise unter Vermeidung aller persönlichen Angriffe und waren von dem Ernst getragen, den die so schwierige Lage der Gemeinde wessens erfordert. Dies sei ein sehr erfreulicher Lichtblick in diesen trüben Tagen. So lange die Liebe zu Wien doch über alle Parteigegensätze hinweg alle Mitglieder des Gemeinderates zu ernster, sachlicher Arbeit einigt, ist kein Grund zur Verzweiflung vorhanden und könne die fest Zuversicht gehegt werden, daß auch dieser so überaus schwierigen Periode bald hellere, lichtere Zeiten folgen werden.

G.R. Zimmerl (chr. soc.) erklärt namens seiner Partei, daß diese auch für die Bilanz und Bedeckung stimmen werde. Er wolle zum Schluss der Debatte feststellen, dass in der Stellungnahme seiner Partei kein Vertrauensvotum für die verwaltende Mehrheitspartei gelegen sei und dies um so mehr, da sie für die einzelnen Ziffern nicht die Verantwortung übernehmen könne, weil sie nicht in genügendem Maße zur Mitarbeit herangezogen wurde. Er sei dem Referenten für die

Anerkennung in Sachlichkeit seiner Partei dankbar, doch er müsse er der Meinung Ausdruck geben, daß in diesem Saale jeder Gemeinderat, welcher Partei er immer angehöre, dieselbe Verpflichtung habe, sein Wissen und Können und seine ganze Arbeitskraft in den Dienst der Gemeinde zu stellen. (Beifall). Redner schliesse sich der Meinung des Referenten, dass alles darangesetzt werden müsste, Wien als Kulturzentrum auszubauen, an, und seine Partei werde das Ihrige dazu beitragen.

Der Referent verzichtet auf das Schlusswort. Bei der Abstimmung werden sodann Bilanz und Bedeckung einstimmig angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende G.R. Weigl schliesst sodann die Budgetsitzungen des Gemeinderates mit folgenden Worten: Gestatten Sie mir, dass ich vom Präsidium aus dafür danke, dass Sie das Amt des Vorsitzenden durch Ihre sachliche Haltung erleichtert haben. Vom Bürgermeister bin ich beauftragt in seinem Namen allen Mitgliedern des G.R. für Ihre sachliche und fleissige Arbeit, den Beamten für Ihre angestrengte Mittätigkeit besten verbindlichen Dank auszusprechen. Insbesondere aufrichtiger Dank gebührt dem Finanzreferenten amtsführenden St.R. Breitner und den übrigen amtsführenden Stadträten, den, denen besonders hervorragenden Herren des Beamtenschaft, die an den Abschlussarbeiten mitgewirkt haben, schliesslich den Mitgliedern des Stenografenbüros.

Die Gemeinderatskörperschaften können mit Genugtuung auf das abgelaufene Jahr zurückblicken, in dem sehr viel für die Bevölkerung geschaffen wurde im Zusammenarbeiten des Stadsenats, Gemeinderats, der Ausschüsse und dem Magistrat. Sie werden sich in restloser Hingabe der übernommenen Pflichten auch im kommenden Jahre an die Arbeit machen. Namens der Gemeindeverwaltung mag der Bevölkerung der Stadt für ihr beispielloses Ausharren in den schweren Zeiten und der Bereitwilligkeit der Mithilfe zur Erfüllung der mannigfachen Aufgaben ausgesprochen werden. Es muss auch dem Wunsch ausgesprochen werden, dass das Neue Jahr die Bevölkerung zur einem menschenwürdigen Dasein führen werde.

Mit einem Glückwunsch zum Neuen Jahre schliesst der Vorsitzende die Sitzung.

Städtische Christbäume. Auf den Verkaufsplätzen im 4., 5., 10., 16. und 20. Bezirk sind neue Sendungen grosser, schöner Christbäume eingelangt, die dort von der Gemeinde verkauft werden Preis 100 - 500 K.